

Calw.
Abends 8 Uhr,
Albern
B
Büdtrol
Calw und Um-
rgenümsrat.

re billig
Mk. 4.40
n Mk. 7.50
Markt Calw

te

Auswahl
berle

ag | 1.50
im

und Tisch-
Auswahl
erke A.-G.

hofstraße
efon 15

aft

er Zeitung

latt
bung!

Calw!
Bude 50!

erhöht billigen
nige Beispiele:

Pfg.	
10	
15	
20	
25	
30	
35	
40	
45	
50	
55	
60	
65	
70	
75	
80	
85	
90	
95	
100	

te Fahne von
Bude 50.
Niethammer.

st-Reste
sowie Seide
de-Plattiert
offen bei
Widmann,
Belnsteg 1.

Garage
en gesucht.
mit Preis-
St. 237 an die
de. Bl.

efkorb
verkauft preis-
burgstr. 31

Ercheinungsweise:
Täglich mit Ausnahme
der Sonn- und Feiertage
Anzeigenpreis:
a) im Anzeigenteil:
die Seite 20 Goldpfennige
b) im Reklameteil:
die Seite 65 Goldpfennige
Auf Sammelanzeigen
kommen 50% Zuschlag
Für Platzvorschriften
kann keine Gewähr
übernommen werden
Gekochtsland
für beide Teile ist Calw



Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw

Bezugspreis:
In der Stadt 35 Goldpfennige
wöchentlich mit Trägerlohn
Post-Bezugspreis 35 Gold-
pfennige ohne Bestellgeld
Schluß der Anzeigen-
annahme 8 Uhr vormittags
In Fällen höherer Gewalt
besteht kein Anspruch auf Lieferung
der Zeitung oder auf Rückzahlung
des Bezugspreises
Fernsprecher Nr. 9
Verantw. Schriftleitung:
Friedrich Hans Scheele
Druck und Verlag
der A. Oelschläger'schen
Buchdruckerei

Nr. 239

Mittwoch, den 12. Oktober 1932

Jahrgang 105

Der Besuch des Reichskanzlers in München

v. Papen legt ein Bekenntnis zum föderalistischen Reichsaufbau ab -- Kanzlerbesuch auch in Württemberg?

München, 12. Okt. Reichskanzler von Papen ist am Dienstag vormittag in München eingetroffen. Bei dem Besuch des Reichskanzlers beim bayerischen Gesamtkabinetts stellte Ministerpräsident Dr. Feld im Ministerium des Neußern die Minister und Staatsräte vor und entbot dem Reichskanzler herzlichen Willkommensgruß bei seinem Besuch in München.

Ministerpräsident Dr. Feld führte u. a. aus: „Mit dem Besuch bei der bayerischen Staatsregierung verknüpft sich das Bekenntnis des Reichskanzlers, daß man in Berlin in der Reichsregierung unter Ihrer Führung die Selbständigkeit der Länder anerkennt und achtet. Nur so gemeint, gewinnt ein solcher offizieller Besuch des Reichskanzlers Sinn und Bedeutung. Daß wir dafür besonderen Dank wissen, namentlich in den Stürmen unserer Tage, die ja vor allem der Selbständigkeit der Länder gelten haben, ist eine Selbstverständlichkeit. Wir erblicken in dem Besuch des Reichskanzlers das Bestreben, Fühlung zu nehmen und zu halten mit den einzelnen Länderregierungen in der Zeit der großen geistigen und wirtschaftlichen Not des deutschen Volkes. Daß Sie selbst, hochverehrter Herr Reichskanzler, diesem Gedanken Ausdruck verleihen möchten, in diesem Sinne entbiete ich Ihnen im Namen der bayerischen Staatsregierung den herzlichsten Willkommensgruß.“

Reichskanzler von Papen dankte von ganzem Herzen für die freundlichen Worte: „Es freut mich ganz besonders, daß ich jetzt der bayerischen Regierung und Ihnen, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, einen Besuch machen darf. Er soll ein Symbol dafür sein, daß in der Tat gerade jetzt in den vielleicht schwersten Stunden der Nachkriegszeit wir nur dann zu dem großen gemeinsamen Ziele weiterstreben, wenn wir die Einigkeit zwischen dem Reich und den Ländern wieder herstellen, wie sie einstens gewesen ist. Sie wissen, daß es von Anbeginn meiner Regierung an mein großes Ziel gewesen ist, mit den Ländern und durch die Länder, deren außerordentliche Wichtigkeit und Bedeutung in kultureller und völkischer Beziehung ich nie übersehen und stets hoch anerkannt habe, das neue Reich zu bauen. Ich danke Ihnen, Herr Ministerpräsident, und der bayerischen Staatsregierung, daß Sie mir Gelegenheit geboten haben, in diesen zwei Tagen in Ihrer Mitte zu weilen.“

Reichskanzler von Papen stattete auch dem Landtagspräsidenten Dr. Stang im Landtagsgebäude einen Besuch ab. Der Landtagspräsident begrüßte den Reichskanzler und ersuchte ihn, auf die besonderen Belange Bayerns in der Frage der Reichsreform Rücksicht zu nehmen. Reichskanzler von Papen erwiderte, Bayern dürfe gewiß sein, daß die bayerischen Belange in Berlin immer ein offenes Ohr finden werden. Er werde nie vergessen, was die Länder und speziell Bayern für das Reich geleistet hätten. Der Reichskanzler schloß mit dem Wunsche auf gemeinsame Arbeit für ein neues deutsches Vaterland.

Am Dienstagabend fand zu Ehren des Reichskanzlers ein Empfang im Palais des Ministerpräsidenten statt. Herr von

Papen führte hier in einer Rede aus, der Besuch in München sei mehr als ein formeller Akt. Die Reichsregierung wolle vielmehr mit diesem Besuch zum Ausdruck bringen, daß die großen und schweren Aufgaben, die vor uns liegen, nur gelöst werden können im Zusammenwirken von Reich und Ländern. Die Reichsregierung sei entschlossen, aus den großen kulturellen Kräften der Länder den Nutzen zu ziehen, der aus ihnen gezogen werden müsse. Wenn die Reichsregierung die wertvollen Kräfte, die in den Ländern gewachsen seien, hinter sich zu bringen vermöge, dann könne der Weg in die Zukunft mit Vertrauen beschritten werden. Der Reichskanzler gab der Hoffnung Ausdruck, daß das Tal der Krise, das wir beschreiten, bald überwunden werden möge und daß der Weg Berg hinangehen möge, damit die junge deutsche Generation einer besseren Zukunft entgegengeführt werden könne. In diesem Sinne bitte er um die Mitarbeit aller. Die Ausführungen des Reichskanzlers wurden mit starkem Beifall aufgenommen.

Bei dem Empfang der Münchener Presse im Staatsministerium des Neußern hielt Reichskanzler von Papen eine Ansprache, in der erklärte, daß sein Besuch in München mehr sei als ein Höflichkeitsbesuch und einen symbolhaften Charakter habe. Er solle dartun, daß die Reichsregierung sich bewußt sei, daß die Lösung der großen und schwierigen Aufgaben nur möglich sei bei der Zusammenfassung aller wertvollen Kräfte im deutschen Volke, die besonders aus der alten tausendjährigen Kultur seiner Länder strömten. Die gegenwärtige Reichsregierung habe vom ersten Tage an betont, daß sie bewußt auf föderalistischem Standpunkt stehe und daß das Eigenleben und die Geltung der Länder wieder zur vollen Blüte gebracht werden sollen. Sie sei sich bewußt, daß die Lösung der großen Aufgabe, die ein neues Deutschland schaffen soll, nur möglich ist, wenn alle Kräfte zur Mitarbeit herangezogen werden. Nicht ein über Zentralismus oder Unitarismus, nicht ein Reich, das von Berlin regiert werde, sondern ein Reich, das regiert werde von den vieltausendfältigen Kräften, die gewachsen seien aus allen Teilen des deutschen Volkes und die sich zur Mitarbeit anbieten: das sei die Parole. Er hoffe, von seinem Besuche in München neue Anregungen durch den persönlichen Kontakt zu bekommen. Der Kanzler schloß, er sei sich bewußt, daß in der Hand der Presse die große Aufgabe liege, an der Erreichung des großen Zieles mitzuwirken, das Reich, fundiert auf der Volksgemeinschaft als dem Erlebnis des großen Völkerringens neu aufzubauen.

Kanzlerbesuch auch in Württemberg

Das Stuttgarter „Deutsche Volksblatt“ bemerkt zu einer Meldung aus Berlin im „Schwäbischen Merkur“, die besagt, daß weitere Besuche des Reichskanzlers außer in München bei anderen Ländern, etwa in Württemberg, Baden, Hessen oder Sachsen nicht vorgesehen seien: Wir glauben zu wissen, daß Reichskanzler v. Papen Mitte November der württembergischen und badischen Regierung einen offiziellen Besuch abstatten wird.

Schädigung der außenpolitischen Stellung des Reiches, da die Reichsregierung damit vor aller Welt beweist, daß sie nicht den Mut findet, für ihre von schweren Mißerfolgen in Laufanne und Genf begleitete Außenpolitik einzustehen und eine Unterstützung im Volk und in der Volksvertretung zu suchen. Ihre außenpolitischen Aktionen entbehren deshalb von vornherein des nötigen Gewichts. Das Wohl der Nation verlangt gebieterisch die alsbaldige Beendigung dieses verderblichen und verfassungswidrigen Zustandes.“

Der Verfassungstreit Preußen-Reich

Leipzig, 12. Okt. Bei den Verhandlungen vor dem Staatsgerichtshof am Dienstag gab im Auftrag der Reichsregierung Ministerialrat Dr. Gottscheiner mit ausdrücklicher Zustimmung des Reichskanzlers vor dem Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich folgende Erklärung ab:

Eine Vereinbarung des Reichskanzlers mit Hitler über ein Vorgehen gegen Preußen wurde nicht getroffen. Verhandlungen darüber haben zwischen ihnen nicht stattgefunden. Auch die Aufhebung des Uniformverbots, die Wiederzulassung der SA. und die Wiedereingewöhnung sonstiger politischer Freiheiten waren nicht Gegenstand von Vereinbarungen zwischen dem Reichskanzler und Hitler, gehörten vielmehr von vornherein zum Programm der Reichsregierung, die von sich aus entschlossen war, aus Gründen der Gerechtigkeit Ausnahmebestimmungen gegen die Nationalsozialisten zu beseitigen.

Tages-Spiegel

Reichskanzler von Papen legte bei seinem Besuch in München ein Bekenntnis zum föderalistischen Reichsaufbau ab. Der Empfang v. Papens war überaus herzlich.

Der Auswärtige Ausschuss des Reichstags faßte einen Beschlus, der der Regierung Verfassungsbruch vorwirft.

Reichspräsident von Hindenburg empfing gestern den kommissarischen Oberpräsidenten der Provinz Ostpreußen, Dr. Kutscher. Der Reichsaußenminister ist aus Württemberg, wo er sich kurze Zeit aufhielt, nach Berlin zurückgekehrt.

Die Reichsregierung wird über die englisch-französische Aussprache in London sowie über die damit verbundenen Verhandlungen unterrichtet werden.

Durch eine achte württembergische Notverordnung wird die Bürgersteuer für 1933 geregelt.

Es wurde sodann die rechtliche Stellung des Reichskanzlers wie auch die der Reichskommissare in Preußen juristisch erörtert. Darauf wandte sich der Staatsgerichtshof der Frage zu, was durch die Verordnung vom 20. Juli 1932 in Preußen entstanden ist.

Braun an den Vorsitzenden des Staatsgerichtshofes
Ministerpräsident a. D. Braun hat an den Vorsitzenden des Staatsgerichtshofes, Dr. Bumke, ein Schreiben gerichtet. Er nimmt Bezug auf die Ausführungen des Ministerialdirektors Gottheiner, der behauptet habe, er, Braun, hätte auf die Gewährung der vollen Bezüge sehr großen Wert gelegt, sich bald nach der Enthebung vom Amt nach dieser Frage erkundigt und sich sehr befriedigt erklärt, daß ihm, Braun, geantwortet worden sei, daß er seine vollen Bezüge weiter erhalten würde. „Diese Behauptung“, so sagt Braun, „entspricht nicht der Wahrheit. Ich habe mich niemals beim Reichskommissar oder bei der Reichsregierung wegen der Weiterzahlung meiner vollen Bezüge erkundigt oder darum ersucht. Auch habe ich niemals meine Befriedigung über die erfolgte Regelung geäußert. Im Gegenteil finde ich es höchst unbefriedigend und auf die Dauer für geradezu unerträglich, daß ich meine Bezüge als Ministerpräsident beziehe, aber von der Reichsregierung gewaltsam gehindert werde, meine Amtsgeschäfte wahrzunehmen.“

Die Londoner Aussprache

Die Reichsregierung soll verständigt werden

Paris, 12. Okt. Einer Londoner Havasmeldung zufolge wird die Reichsregierung auf Grund des Konsultationspaktes über den Inhalt und den Fortschritt der bevorstehenden französisch-englischen Unterredungen verständigt werden. Man nehme in englischen zuständigen Kreisen an, daß während dieser Unterredungen der gegenwärtig von der französischen Regierung vorbereitete Abrüstungsplan nicht behandelt werden solle.

In Meldungen des „Matin“ und des „Daily Telegraph“, daß in Aussicht genommen sei, der Unterredung Macdonalds mit Perriot eine solche zwischen englischen Ministern und dem Reichsaußenminister folgen zu lassen, wird an unterrichteter Stelle erklärt, eine Einladung an Herrn von Neurath läge nicht vor.

Kriegsgefangener „Daubmann“ als Schwindler entlarvt

Der wirkliche Oskar Daubmann lebt nicht mehr

Karlruhe, 12. Okt. Der angebliche ehemalige Kriegsgefangene Daubmann aus Endingen am Kaiserstuhl ist als Schwindler entlarvt worden. Er hat der Polizei gegenüber ein volles Geständnis abgelegt. Die Festnahme „Daubmanns“ erfolgte in Freiburg auf Grund von Fingerabdrücken, die durch das Landespolizeiamt in Endingen, wo „Daubmann“ einem ehemaligen Fremdenlegonär aus Essen gegenübergestellt worden war, wobei sich erneut schwerbelastende Momente gegen ihn erbrachten, hergestellt worden waren. Auf Grund der Abdrücke wurden im Archiv des Polizeiamtes die tatsächlichen Personalien des Schwindlers festgestellt, der ein mehrfach vorbestrafter Verbrecher ist. Der falsche Helmtehrer soll ein von der Polizei seit Jahren gesuchter Verbrecher namens Christian Hummel aus Dffenburg sein, der 1922 aus der Schweiz ausgewiesen wurde. Die vorhandenen Bilder des Schwindlers ergänzen die Fingerabdrücke, sodas das Landespolizeiamt durch Funkpruch sofort seine polizeiliche Festnahme anordnete. Der wirkliche Oskar Daubmann, der vor 16 Jahren während des Krieges vermißt gemeldet wurde, ist, wie jetzt amtlich ausdrücklich festgestellt wird, nicht mehr am Leben.

Die Preußenklage vor dem Staatsgerichtshof

Vor dem Staatsgerichtshof wandte sich der Vertreter des Reiches — Ministerialdirektor Gottheiner — gegen den Vorwurf, die Erläuterungen der Reichsregierung zur Notverordnung und zur Absetzung der Preußen-Minister seien erst durch den Rundfunk bekanntgegeben worden. In der Pressekonferenz am 20. Juli schon sei eine Verlautbarung der Reichsregierung mit allen wesentlichen Gesichtspunkten ausgegeben worden. Ministerpräsident Braun habe sich über die Angelegenheit beruhigt, als ihm auf Befragen erklärt worden sei, daß die Minister ihre Bezüge weiter erhalten sollten. Der Vertreter Preußens, Dr. Brecht, ruft dazwischen: „Darauf kommt es wohl an?“ Gottheiner: „Dem Herrn Braun jedenfalls. Er hat sich danach erkundigt und hat sich sehr befriedigt erklärt, daß dem so ist.“ Der Vertreter der SPD im Preussischen Landtag, Prof. Dr. Heller, bezweifelte die Richtigkeit der Behauptung, daß Ministerpräsident Braun die Gehaltsfrage im gegenwärtigen Streitverfahren als das Wichtigste bezeichnet habe. Er bestritt weiter, daß Severing sich dahin geäußert habe, er halte einen Reichskommissar in Preußen für unumgänglich nötig. Die „geheimen Verhandlungen“ der Preußenregierung mit den Kommunisten seien im ganzen Ministerium bekannt gewesen. Der Staatsstreik der Reichsregierung sei nur verständlich, wenn man die Episode der Einigung zwischen Papen und Hitler betrachte. Diese Episode habe Abmachungen zwischen Papen und Hitler zur Folge gehabt. Er beantrage daher die Ladung des Reichskanzlers, Hitlers und des Herrn v. Gleichen zur Vernehmung über diese Abmachungen.

Ministerialdirektor Dr. Brecht hielt gegenüber den Ausführungen des Ministerialdirektors Dr. Gottheiner seine Behauptung aufrecht, daß bei den Besprechungen zwischen v. Papen und den Nationalsozialisten das Vorgehen gegen Preußen zum Gegenstand der Abmachungen gemacht worden sei. Die von Ministerialdirektor Gottheiner neu aufgestellte Behauptung, daß Minister Severing selbst die Bestellung des Reichskommissars gefordert habe, erklärte Dr. Brecht für völlig unglaubhaft. Es sei keineswegs die Ansicht der preussischen Regierung, daß zwischen NSDAP. und Kommunisten kein wesentlicher Unterschied bestehe, daß aber beiden mit gleicher Objektivität gegenüberzutreten sei, das sei seit dem 18. August ja auch die Ansicht der Reichsregierung. Dr. Brecht widersprach kategorisch der Erklärung, daß die zuständigen Staatssekretäre vor dem Vorgehen gegen Preußen gehört worden seien. Er beantrage zur Klarstellung dieser Frage, die Staatssekretäre Meißner und Steiger als Zeugen zu vernehmen.

Von Dr. Brecht und Prof. Heller wurde erneut bestritten, daß Severing im Juni zum derzeitigen Reichsinnenminister gesagt habe, der Reichskommissar für Preußen müsse bald eingesetzt werden. Dr. Gottheiner hielt seine Behauptung aufrecht. Schließlich wurde von preussischer Seite ersucht, Severing und den Reichsinnenminister als Zeugen zu vernehmen. Der Vorsitzende gab anheim, die Herren mitzubringen. Man werde ihnen dann Gelegenheit zur Meinungsäußerung geben. Von sich aus aber werde der Staatsgerichtshof kaum eine Ladung ergehen lassen.

Nationalsozialist ruft den ehemaligen Kronprinzen an

Der Amtswalter der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, Ortsgruppenleiter Ernst Wilde, richtet in der „Potsdamer Tageszeitung“ einen dringenden Aufruf an den Kronprinzen. Wilde sagt, daß er als ehemaliges Stahlhelmmitglied und Amtswalter der NSDAP. die Verhältnisse in den beiden großen Lagern genau kenne und deshalb dazu beitragen wolle, das Feuer zu löschen, bevor es zu spät sei. Durch die Art der Reichstagsauflösung sei unter den nationalen Parteien und Verbänden ein Kampf entbrannt, der die deutsch gesinnte Bevölkerung zerfesse und dem deutschen Ansehen im Auslande Schaden von unabsehbarer Tragweite zufüge. Es heißt dann wörtlich: „Hier muß sofort Halt geboten werden von einem Manne, der außerhalb des Parlaments über den Parteien steht, und der unser gemeinsames Vertrauen in höchstem Maße genießt. Das kann in der gegenwärtigen Lage nur unser Kronprinz sein. Darum rufe ich ihm zu: „Nehmer Du die Führung! Das deutsche Volk ist in größter Not.“

Das Hauptressort des Gaues Brandenburg der NSDAP teilt zu diesem Aufruf folgendes mit: „Wilde ist nicht mehr Ortsgruppenleiter, so daß sein Aufruf, der sich an den Kronprinzen im Namen der NSDAP. richtet, als die private Stellungnahme eines aus der NSDAP ausgeschlossenen Mitgliedes zu betrachten ist.“

Kleine politische Nachrichten

Kein Strafverfahren gegen Dr. Weiß und Seymannsberg. Die Strafkammer des Berliner Landgerichts I hat die Eröffnung des Hauptverfahrens gegen den früheren Polizeipräsidenten Dr. Weiß und den früheren Kommandeur der Berliner Schutzpolizei, Seymannsberg, gegen die die Staatsanwaltschaft Anklage wegen Nichtbefolgung der Anordnungen des Militärbefehlshabers, General von Rundstedt, erhoben hat, abgelehnt, da die Anklage dem Vernehmen nach in tatsächlicher und rechtlicher Beziehung der Grundlage entbehre.

Stadtverordnetenwahlen in Gerdaun. Am Sonntag fanden in Gerdaun (Ostpreußen) Stadtverordnetenwahlen statt, bei denen die Wahlbeteiligung erheblich geringer war als bei den letzten Reichstagswahlen (63,1 gegen 85,8 Proz.). Es erhielten: Nationalsozialisten 483 St. (1074 bei der letzten Reichstagswahl); SPD 593 St. (898); Bürgerliche Einheitsliste (DNVP, DVP, Wirtschaftl.) 462; Kommunisten 170 (217); Christl.-Soziale 141 (101).

Die belgischen Gemeindevahlen zeigen im ganzen einen eindeutigen Sieg der Sozialistischen Partei. Sie konnte 52

Das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Landgemeinden

Die Vereinigung der sächsischen Landgemeinden hielt in Dresden ihre Hauptversammlung ab. Im Mittelpunkt der Tagung stand ein Vortrag des Präsidenten des deutschen Landgemeindetages, Landrat a. D. Dr. Gereke-Prefel über das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Landgemeinden. Dr. Gereke wies zunächst auf die finanzielle Notlage der Gemeinden hin, die bereits zu offenen Klafsenzusammenbrüchen geführt habe. Verschiedene Gemeinden seien schon dazu übergegangen, den Erwerbslosen aus Mangel an jeglichen Mitteln Bonds zu geben, also Notgeld, damit sie sich noch etwas kaufen könnten. Angesichts dieser Zustände habe der Landgemeindetag bereits im Sommer dieses Jahres ein Arbeitsbeschaffungsprogramm ausgearbeitet.

Auch die Reichsregierung habe sich der Notwendigkeit nicht verschlossen, etwas Durchgreifendes zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zu unternehmen. Unzweifelhaft dienten die Steuergutscheine zur Auflockerung eingefrorener Kredite. Sie seien außerdem von Wert für die Banken. Für die Erwerbslosen in den Gemeinden seien jedoch nennenswerte Vorteile daraus nicht zu erhoffen. Der Fehler sei, daß man nicht die Hauptfrage, nämlich die des Abfahrs, gelöst habe. Es wäre besser, wenn man die 700 Millionen hauptsächlich zu direkten Anträgen der öffentlichen Hand verwenden würde, um alle volkswirtschaftlich wichtigen Arbeiten in Angriff zu nehmen, die in den letzten Jahren liegen geblieben oder unterbrochen worden sind. Es seien das vorwiegend Arbeiten, bei denen im Gegensatz zur rationalisierten Industrie ein hoher Prozentsatz von Arbeitskräften beschäftigt werde.

Dr. Gereke entwickelte dann eingehend die Einzelheiten seines Programms, das eine erweiterte Arbeitsbeschaffung durch Reich, Länder, Gemeinden und die öffentlich-rechtlichen Körperschaften vorseht. Der finanzielle Gesamtumfang des großzügig gedachten Projektes beläuft sich schätzungsweise auf 1-2 Milliarden RM., also weniger als die Summe von 8 Milliarden, die jährlich an die Arbeitslosen ausgezahlt werden müssen. Diese 2 Milliarden RM. seien aber nicht in vollem Umfang bereitzustellen; denn allein 400 Millionen würden wieder in Form von Steuern, Abgaben und Versicherungsbeiträgen in die öffentlichen Kassen zurückfließen. Gereke glaubt, auf Grund des Planes etwa 2 Millionen Menschen beschäftigen zu können. Das bedeutet eine Entlastung von 1 Milliarde RM. jährl. für die Unterstützungskassen. Der Redner erklärte schließlich, es könne nicht Aufgabe der Landgemeinden sein, die Frage einer umfassenden Arbeitsbeschaffung zu einem grundsätzlichen Kampf um den Zins selbst zu machen; es werde Aufgabe der nächsten Tage sein, hierüber eine Verständigung herbeizuführen. Das Zustandekommen eines großen Programms zur Arbeitsbeschaffung dürfe nicht lediglich von der Zinshöhe abhängig gemacht werden. Dr. Gereke schloß mit einem Appell an die anwesenden Vertreter der Gemeinden, über alle Parteigegensätze hinweg zusammenzutreten in dem Willen, die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen.

Bauausführungen im Rahmen des Arbeitsbeschaffungsprogramms. Zum Arbeitsbeschaffungsprogramm hat der

Reichsverkehrsminister die nachgeordneten Behörden erneut darauf hingewiesen, daß es sich bei den Bauausführungen im Rahmen des Arbeitsbeschaffungsprogramms um Arbeiten handelt, die als zusätzlich zu behandeln sind. Durch diese Arbeiten dürfen andere Bauausführungen nicht berührt werden.

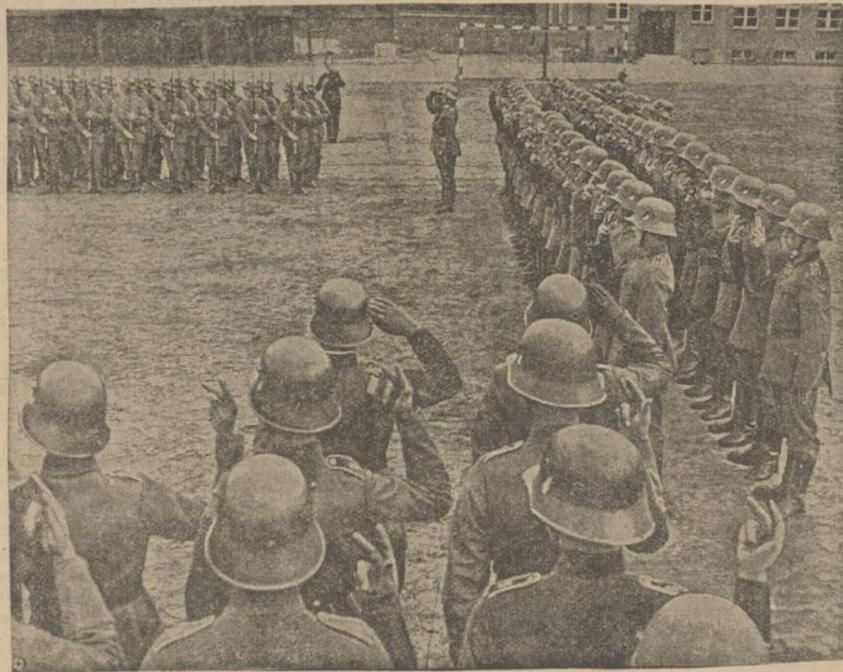
Die Reformpläne der Reichsregierung

Schon die Heftigkeit, mit der jetzt der Kampf um den neuen Reichstag geführt wird, läßt erkennen, welches Gewicht die einzelnen Parteien gerade der kommenden Wahlentscheidung beimessen. Die Wahl wird, wenn nicht ganz besondere Zwischenfälle eintreten, zu dem vorgesehenen Termin stattfinden. Daran hat die Reichsregierung selbst insofern ein Interesse, als sie den neuen Reichstag vor die Entscheidung stellen und ihm Gelegenheit geben will, seine Arbeitsfähigkeit — vielleicht zum letzten Mal — zu beweisen. Die vom Reichskabinet jetzt vorbereitete Reichs- und Verfassungsreform wird der Prüffstein für das neue Reichs-parlament werden. Der Entwurf hierfür steht, wie die „Wandballe“ meldet, vor der Vollendung und dürfte, wenn auch unter gewissen Änderungen, die Zustimmung des Reichsrats finden, zumal auch das Zentrum seinen Willen zu einer Reform des Staatsaufbaues durch Ausarbeitung eines Programms bekundet hat. Nach Verabschiedung durch den Reichsrat wird der Entwurf dem neuen Reichstag zugeleitet werden. Hier wird es sich nun zeigen, ob das Parlament eine ausreichende und dauerhafte Arbeitsfähigkeit aufbringt, um die einzelnen Teile dieser Reformvorlage zu verabschieden, wenn auch mit wechselnden Mehrheiten. Würde das Parlament dagegen ein ernstliches Hindernis für die Reform werden, so würde das — man läßt schon heute in Kreisen, die der Reichsregierung nahestehen, keinen Zweifel daran — eine abermalige Reichstagsauflösung zur Folge haben. Ob sich die Regierung dann zu einer Volksbefragung oder aber zur Ausschreibung von Wahlen zu einer Nationalversammlung entschließt, sind zunächst noch Fragen zweiter Ordnung, die in politischen Kreisen zwar schon heute lebhaft erörtert werden, über die sich aber das Reichskabinet selbst bisher noch nicht schlüssig geworden ist. Mehr denn je werden es also die Parteien in der Hand haben, den Reichstag als oberste gesetzgebende Körperschaft weiter ungeführt am Leben zu erhalten.

45 Millionen Wahlberechtigte am 6. November

Die Zahl der wahlberechtigten Deutschen, die bei der letzten Reichstagswahl, also Ende Juli, schon rund 44,5 Millionen betrug, ist im dauernden Steigen begriffen. Es ist statistisch nachgewiesen worden, daß Tag für Tag etwa 4000 junge Deutsche ihren 20. Geburtstag feiern und damit in den Genuß des aktiven Wahlrechts kommen. Es ist also — unter Berücksichtigung der natürlichen Verringerung des Wählerbestandes durch Todesfälle — damit zu rechnen, daß zur Reichstagswahl am 6. November 45 Millionen deutsche Staatsbürger das Wahlrecht besitzen. Ohne Zweifel wird aber diese Zunahme der Zahl der Wahlberechtigten durch die an sich bedauerliche, aber nicht unvermeidliche Wahlmüdigkeit bei weitem wieder wettgemacht werden.

Lübben vereidigt die neuen Reichswehrrekruten



In Lübben, der jüngsten, erst im November vorigen Jahres eingerichteten Reichswehrgarnison Deutschlands, fand jetzt zum erstenmal die Vereidigung der neuen Rekruten statt.

absolute Mehrheiten neu erobern. In den ehemaligen deutschen Gebieten Cuxen und Malmedy läßt sich das Wahlergebnis noch nicht in allen Einzelheiten übersehen. Man kann aber schon jetzt mit voller Sicherheit behaupten, daß die Wähler nahezu ausschließlich den Parteien ihre Stimme gaben, die sich eine neue Volksbefragung zum Ziele gesetzt haben.

Englisch-amerikanische Verhandlungen über die Seebestrafung. Der amerikanische Vertreter der Abrüstungskonferenz, Norman Davis, ist in London eingetroffen. Er erklärte bei seiner Ankunft, daß er mit der englischen Regierung Besprechungen haben werde, um die Wiederaufnahme der Abrüstungsverhandlungen zwischen den Seemächten vorzubereiten. Zuerst sollten England und Amerika ihre Vorschläge erörtern. Sollte ein Einvernehmen zustandekommen, so würden die Besprechungen zunächst auf Japan und später

auf Frankreich und Italien ausgedehnt werden.

Titulescu rumänischer Außenminister. Auf ein Angebot des Kabinetts Baida hin hat der Londoner Gesandte Titulescu das Außenministerium übernommen. In politischen Kreisen ist man der Ansicht, daß die Übernahme des Außenministeriums durch Titulescu nur der Anfang zu einem völligen Regierungswechsel ist.

Japanisches Bündnisangebot an Frankreich? Wie die Londoner „Sunday Times“ meldet, hat die japanische Regierung vor einiger Zeit Frankreich ein formelles Bündnisangebot gemacht. Dieses sei vom Quai d'Orsay sorgfältig geprüft und abgelehnt worden. Ergänzend hierzu wird berichtet, daß das französische Mitglied des Lyton-Ausschusses, General Claudel, von vornherein japanfreundlich gewesen sei.

Württembergischer Landtag

Die Geschäftslage des Landtags

Vor Beginn der gestrigen Landtagssitzung trat der Aelterrat zusammen und besaßte sich mit der Geschäftslage des Landtags. Der Aelterrat war sich einig, daß die Beratungen noch in dieser Woche, also spätestens Samstag, abgeschlossen werden. Sitzungen sind am Mittwochnachmittag, Donnerstagvormittag, Freitagnachmittag und Samstagvormittag. Die Absicht, die Redezeit zu beschränken, konnte nicht verwirklicht werden. Am Samstag wird sich der Landtag vertagen und erst nach der Reichstagswahl wieder zusammentreten.

Landtagssitzung

Nach dreimonatiger Pause trat der Landtag gestern nachmittag wieder zu einer Plenarsitzung zusammen. Den Beratungen wird großes Interesse entgegengebracht. Das zeigte schon die starke Besetzung der Zuschauertribünen. Für den aus dem Landtag ausgeschiedenen deutschnationalen Abgeordneten Dr. Dehlinger war bereits sein Nachfolger, Rechtsrat Hirtzel, in der Sitzung erschienen. Eine Fülle von Beratungsstoff ist dem Landtag in Form von 30 selbständigen Anträgen, zwei Initiativ-Gesetzentwürfen und einem Nachtrag zum Etat 1931-32 zugegangen. Nachdem Oberregierungsrat Walter als Regierungskommissar drei kleine Anfragen beantwortet hatte, wurde in die Große Aussprache über die Notverordnungen der württembergischen Regierung und die Anträge auf Aufhebung der Fleischsteuer eingetreten. Staatspräsident Dr. Volz betonte, daß der Regierung die Absicht fernlag, den Landtag auszuschalten oder zu brüskieren. Die Regierung habe nur zwei Möglichkeiten im Hinblick auf den Ernst der Finanzlage gehabt, entweder die Schaffung neuer Einnahmen oder die Senkung der Personalausgaben. Die letzte Möglichkeit war die Einführung der Schlachtsteuer, und für sie wurde der Weg der Notverordnung gewählt, weil die Einführung dieser Steuer mit Hilfe des Landtags nicht möglich gewesen wäre. Die Regierung sei nur dann bereit, die Schlachtsteuer aufzuheben, wenn der Landtag bessere Vorschläge mache, sie sei aber auch bereit, einige Härten zu beseitigen. Kultminister Dr. Bazzile rechtfertigte die Hinausschiebung der Einführung des 8. Schuljahres. Es bestünde in 202 evangelischen und 105 katholischen Schulgemeinden, es sei nicht eingeführt in 1071 evangelischen und 763 katholischen Schulgemeinden. Die volle Einführung des achten Schuljahres würde einen einmaligen Aufwand von 25 Millionen und einen jährlichen höheren Besoldungsaufwand von 900 000 RM. erfordern. Die Gemeinden könnten höhere Schulkosten nicht mehr tragen, und in Notzeiten, wie den jetzigen, sei es das Beste, nichts neues einzuführen. Inzwischen war von sozialdemokratischer Seite ein Initiativ-Gesetzentwurf eingegangen, der sich gegen die Hinausschiebung des 8. Schuljahres richtet, ferner ein soz. Antrag auf Aufhebung der Schlachtsteuer. Das Zentrum stellte den Antrag, Haus- und Notzuschläge von der Fleischsteuer auszunehmen, einen Sonderausschuß einzusetzen, um Vorschläge für Sparmaßnahmen zu machen und Maßnahmen dagegen zu treffen, daß die Erhebung der Fleischsteuer zum Anlaß ungerechtfertigten Gewinns gemacht wird. Zwei weitere Anträge bezogen sich auf die Notlage der Gemeinden. Ein Antrag Reil (Soz.) verlangte außerdem beim Reich gegen alle Wirtschaftsmaßnahmen nachdrücklich Stellung zu nehmen, die geeignet sind, die Lage der württembergischen Ausführindustrie weiter zu erschweren. Der Abg. Stimpfig (NS.) begründete einen Antrag seiner Partei, den notleidenden Gemeinden Enzberg, Neckarsulm, Schramberg, Schweningen und Lauterbach verlorene Zuschüsse zu geben. Der Staat müsse sein Restvermögen angreifen, um zu helfen, auch müssen unbedingt die Spitzengelder gekürzt werden. Der Abg. Köhler (Komm.) begründete verschiedene kommunistische Anträge. Wirtschaftsminister Dr. Maier machte die erfreuliche Mitteilung, daß die Regierung infolge von Einsparungen in der Lage sei, für die Finanzierung von Landesdarlehen für verstärkte Förderung von Notstandsarbeiten des freiwilligen Arbeitsdienstes ausreichende Mittel zur Verfügung zu stellen. Voraussetzung sei aber die Durchführung des Schlachtsteuergesetzes und der Notverordnungen. Die Regierung wolle auf solche Weise ihren sozialen Verpflichtungen nachkommen. Nach dieser Erklärung des Wirtschaftsministers wurde die Weiterberatung vertagt.

Verwaltungs- und Wirtschaftsausschuß

Im Verwaltungs- und Wirtschaftsausschuß berichtete Abgeordneter Weimer (S.) über die Eingabe des Zahnarztes Dr. Triischler in Ludwigsburg. Dieser verlangt die Aufhebung der Zahnkliniken der Krankenkassen, unbeschränkte Zulassung der Zahnärzte und die Aufhebung der Ständekammer der Ärzte. Der Berichterstatter widerlegte die Behauptung des Geschicklers über die angebliche Unrentabilität der Zahnkliniken und die Behandlung der Krankenkassenmitglieder. Der Antragsteller habe überdies früher selbst andere Auffassungen vertreten. Ein Nationalsozialist erklärte, daß seine Partei an sich grundsätzlich auf dem Standpunkt der Aufhebung der Eigenbetriebe der Krankenkassen stehe. Die vorliegende Eingabe gebe aber keine brauchbaren Vorschläge. Ein Sozialdemokrat sieht in der Erklärung des Nationalsozialisten einen Gegensatz zu dem sonst betonten Sozialismus. Gemäß dem Antrag des Berichterstatters wird „Uebergang zur Tagesordnung“ beschlossen. Ein Antrag der Nationalsozialisten verlangt die umgehende Nachholung der gemäß der 4. Reichsnotverordnung verschobenen Sozialwahlen. Berichterstatter Weimer (S.) und ein Redner des Zentrums weisen auf die sachlichen Gründe der Verschiebung der sozialen Wahlen hin. Die Arbeitslosigkeit habe große Umschichtungen im Bestand der Versicherten und der Rassenzugehörigkeit gebracht. Wir stehen jetzt nach der Seite in ganz anormalen Verhältnissen. Vom Zentrum wird besonders darauf hingewiesen, daß die Sozialwahlen nicht in die politischen Wahlen und Leidenchaften hineingezogen werden dürfen. Die Vertretungen der Sozialversicherung haben auch keine politischen Aufgaben. Die letzten Notverordnungen lassen auch für die Selbstverwaltung wenig Raum. Ein Nationalsozialist begründet den Antrag auf Vornahme der Sozialwahlen. Sie sehen im jetzigen Zustand die Belassung

eines „marginischen Reservatsrechts“. Diese Behauptung bezeichnet ein Sozialdemokrat als „Möbe“, in Wirklichkeit sei man gegen die Selbstverwaltung in der Sozialversicherung. Die heutige Vertretung in der Sozialversicherung bestehe überdies bis Ende 1932 schon nach den alten Bestimmungen zu Recht. Die Verschiebung bestrebe nur für ein halbes Jahr, für die Zeit bis 1. Juli 1933. Ein Bauernbündler erklärt, daß ihn die Ausführungen der Nationalsozialisten anmuten, wie „Gang du weg, laß mi na“. Der Kommunist erklärte sich für den nationalsozialistischen Antrag. Die weitere Aussprache streift die Lage in der Kranken- und Invalidenversicherung, die Vornahme der Betriebsräte wahlen. Der Antrag des Berichterstatters Weimer (S.): über die Anträge Murr u. Gen. zur Tagesordnung überzugehen, wird abgelehnt mit 7 Ja (S., Soz.), 7 Nein (NS., Komm., Chr. V.), 3 Enthaltungen (BB.). Die Anträge Murr (S.) werden gleichfalls abgelehnt mit 7 Ja (NS., Chr. V.), 7 Nein (S., Soz.), 2 Enthaltungen (BB.), 1 Stimmentzückung (BB.). Eine weitere Eingabe Dr. Hartmann-Friedrichshafen betr. Zulassung zur Kassenpraxis (Berichterstatter Abg. Müller Chr. V.) wird als vorläufig erledigt erklärt, weil der Landtag in ein schwebendes Verfahren nicht eingreifen kann.

Aus Stadt und Land

Calw, den 12. Oktober 1932.

Wanderer im Herbst

Durch den Herbsttag, den klaren, blauen Ziehn viel Wanderer — arbeitslos In den Augen steht heimliches Grauen: „Ach, wie fällt morgen unser Los?“

Goldene Garben, in Scheunen geborgen, Fanden den Ruheplatz — wir kennen ihn nicht, Kennen nur Hunger und Kummer und Sorgen: Seht ihr die Runen in unsrem Gesicht?

Wann wird der Tag uns einmal beschieden, Wo wir Arbeit finden und Brot?

Durch den Herbsttag voll Glanz und Frieden Ziehen die Wanderer — Brüder in Not! Tille Jäger-Gesingen.

Dienstmacht

Steuerdiätar Zimmerer beim Finanzamt Hirsau ist zum Steuerassistenten ernannt worden.

Brief aus Stelsheim

Die Winterfaat hat begonnen und konnte dank der günstigen Witterung zum größten Teil durchgeführt werden. Der spätkliche Ausfall des Obstertrags läßt in diesem Jahr die vielen Fremden vermischen, die um diese Jahreszeit bei reichem Obstgehalt den Ort aufsuchen, um ihren Bedarf an Mostobst zu decken. Ueberaus reiche Ernte hat im Laufe dieses Jahres der unerbittliche Schnitter Tod schon gehalten. Am letzten Sonntag läuteten die Glocken zum fünfzehnten Mal anlässlich eines Begräbnisses, 15 Mitbürger und Bürgerinnen der Gemeinde aus allen Altersklassen sind innerhalb neun Monaten zur ewigen Ruhe eingegangen. Bei einer Einwohnerzahl von nicht ganz 700 bedeutet dies eine Refordzahl, die in mehreren Jahrzehnten pro Jahr nicht zu verzeichnen war, und noch ist das Jahr nicht vorbei. In den letzten Tagen feierte Margarethe König Witwe ihren achtzigsten Geburtstag, die beiden Landwirte Christian Gehring und Johannes Stahl konnten je ihren 70. Geburtstag feiern. Sämtliche Jubilare wurden von der Einwohnerschaft durch Glückwünsche und Gesangsvorträge geehrt.

Rund um Dachfel

In dem abseits des großen Verkehrs gelegenen Dachtel hat der Herbst Einzug gehalten, die besinnlichere Zeit des Jahres, in der sich der Naturfreund gern der Schönheit der Heimat freut. Noch niemand hat die Dachteler Markung dieserhalb gerühmt und doch ist sie an Naturschönheiten nicht arm. Wandert man jetzt die Deckenfronner Straße bis zur Höhe empor, zeigt sich dem überraschten Auge in der klaren Herbstluft die Kette der Albberge in voller Ausdehnung; dem Fußpfad nach Affstätt bis zur nächsten Anhöhe folgend, erreicht der Wanderfreund links das Heidefeld, den sogenannten Schneidengarten. Das Land taugt nur als Schafweide, ist aber für den Pflanzenkenner ein wahres Paradies. Eine solche Vielgestalt an Pflanzengattungen und ein so wechselvolles Spiel der Farben wie hier findet man selten. Wacholder, Heckenrose und Schlehdorn beherrschen das von Steinriegeln durchzogene Gebiet. Haselstrauch, Weißdorn und Salweide, Stechapfel und Liguster mischen sich herein, während die königliche Silberdistel, das beschwebende Wilgenkraut und die vielerlei Arten von Heidegräsern den Boden bedecken. Wer in dieser Jahreszeit den freundlich gelegenen Ort und seine nähere Umgebung aufsucht, wird eine rechte Herbstfreude haben.

Musikalischer Abend in Unterreichenbach

Heimatwerk und Freiwilliger Arbeitsdienst Unterreichenbach veranstalteten am Montag einen musikalischen Abend. Während Herr Reyhing in seinen Begrüßungswort bedauerte, daß der Saal nicht ganz voll sei, gab Herr Mönch-Stuttgart seiner Freude darüber Ausdruck, daß verhältnismäßig viele erschienen seien. Zu einem großen Orchester findet sich leicht eine Menge Zuhörer ein, wenn es sich aber nur um Violine und Klavier handelt, dann muß schon ein größeres musikalisches Verständnis vorausgesetzt werden. Wer an dem Abend teilnahm, der erlebte eine wirklich genussreiche Stunde. Zwei junge Stuttgarter Künstler, Herr A. Wittig, stud. math., und Fr. Digele, Klavier bestritten den Abend. Herr Wittig hat schon vor 3 Jahren bei einer Abendunterhaltung des Turnvereins hier gespielt. Wir bewunderten damals die Kunst des jungen Menschen. Heute trat uns aber ein junger Mann entgegen, der nahe an der künstlerischen Reife steht. Wenn man Werke alter, neuerer und neuer Meister spielen will von Tonsehern wie Sammartini 1701-75, Biber 1644-1704, Corelli 1653-1713, Pugnani-Kreisler, Reger, Beriot, Dvorak, Brahms und Sarasate, dann muß man allerhand können. Mit seiner ausgezeichneten Technik überwand der junge Künstler die schwierigsten Stellen; mit jugendlichem Feuer und feinem

Schnellzug Paris—Basel entgleist

Der Schnellzug Paris—Basel, der um 7 Uhr vom Pariser Ostbahnhof abgeht, ist gestern aus bisher noch nicht festgestellten Gründen in Villeparisis bei Grevy entgleist. Nach den bisherigen vorliegenden Meldungen sind 10 Personen verletzt worden. Der Zug fuhr mit 110 Stundenkilometer Geschwindigkeit als die Lokomotive aus den Schienen sprang. Wie durch ein Wunder entgleisten nur der Postwagen, der Gepäckwagen und ein Wagen 1. und 2. Klasse.

Empfinden brachte er die herrlichen Stücke dem Zuhörer nahe. Mit lautloser Stille und innerster Teilnahme folgten alle dem wunderschönen Spiel. Fr. Digele führte die Begleitung technisch vorzüglich durch und wußte sich dem Künstler in feinsinnigem Verstehen anzupassen. Wärmster Beifall dankte den Ausführenden. Der Versuch, den das Heimatwerk erstmals mit dieser Kammermusik gemacht hat, ist voll und ganz gelungen. Bürgermeister Karck sprach den Dank der Zuhörer aus. Wir möchten diesen nochmals wiederholen und die Bitte daran knüpfen, die Künstler recht bald wieder bei uns begrüßen zu dürfen. Sie dürfen überzeugt sein, dann ist der Saal gedrückt voll.

Vom Viehzuchtverein Nagold

Am 8. Oktober fand in Altensteig die diesjährige, sehr gut besuchte Jungviehprämierung des Viehzuchtvereins Nagold statt. Der Antrieb mit 34 Tieren war als ein besonders guter zu bezeichnen. Klasse I (Tiere von 1-1½ J.) ließ allerdings gegenüber den anderen Klassen noch sehr zu wünschen übrig. Die Gesamtentwicklung war zu sehr zurück und insbesondere die Knochenstärke der Tiere zu gering. Wesentlich besser war schon Klasse II (1½-2 Jahre), welche Spitzentiere aufwies; den Glanzpunkt der Prämierung stellte jedoch die Klasse III (2-2½ Jahre) dar, welche über einige formvollendete Tiere, die in jeder Hinsicht dem Zuchtziel entsprechen, verfügte. Auch die Klasse IV (Kalbinnen, fühlbar trächtig) war sehr zufriedenstellend.

Wetter für Donnerstag und Freitag

Von Nordwesten her macht sich immer noch Tiefdruck geltend, so daß für Donnerstag und Freitag zeitweilig bedecktes, aber nur zu vereinzelten Niederschlägen geeignetes Wetter zu erwarten ist.

Altensteig, 11. Okt. Anlässlich der Herbsthauptübung der Feiw. Feuerwehr wurde Seilermeister Köhler für 25jähr. Mitgliedschaft mit dem Feuerwehr-Ehrenzeichen und dem Ehrenkrug der Stadtgemeinde ausgezeichnet.

Herrenberg, 11. Okt. Nachdem sich der Verkauf der Kath. Kirchengemeinde schon lange als zu klein erwiesen hatte, wurde am Sonntag der Grundstein zu einer kath. Kirche, die den Namen Josephskirche tragen soll, gelegt. — Im Hasensaal sprach auf Einladung der Ortsgruppe des Stahlhelms Herrenberg Baderarzt Dr. Seeger-Liebentz über das Thema „Der kommende Krieg und die Luftwaffe“. — Der Obstmarkt auf dem Sonnenplatz ist gegenwärtig sehr lebhaft; am Mittwoch wie auch am Samstag wird sehr viel Obst zugeführt, das auch immer rasche Käufer findet. Besonders sehr die Zufuhr an Tafelobst gut ein.

Stuttgart, 11. Okt. Im Bereich der Reichsbahndirektion Stuttgart sind im Rahmen des Arbeitsbeschaffungsprogramms der Reichsregierung auf 10. Oktober insgesamt rd. 2200 Arbeiter für zusätzliche Oberbauarbeiten eingestellt worden. Die Arbeitsstellen sind ziemlich gleichmäßig im ganzen Direktionsbezirk verteilt. — Wie die Stuttgarter Kreisleitung der NSDAP mitteilt, ist heute früh der SM-Mann Schmid an den Folgen der Verletzung gestorben, die er bei den Zusammenstößen in der Wahlnacht am 31. Juli 1932 in der Hirschstraße erlitten hatte.

Stuttgart, 11. Okt. Am Montag nachmittag gegen 5 Uhr stürzte sich ein arbeitsloser verheirateter Mann im Alter von 50 Jahren vom Hasenbergerturm. Der Mann war sofort tot.

Stuttgart, 11. Okt. Der Staatspräsident hat den Baurat Dr. Ing. Grelich beim Landesgewerbeamt zum Vorstand der kunstgewerblichen Abteilung des Landesgewerbevereins ernannt.

Ehlingen, 11. Okt. Am Samstagnachmittag wurde der verheiratete Vertreter Emil Fahrion in einer Autogarage tot aufgefunden. Die sofort angeforderten Wiederbelebungversuche waren ohne Erfolg. Die Ursache des Unglücksfalles ist darin zu suchen, daß Fahrion bei geschlossener Garage an einem Kraftwagen bei laufendem Motor gearbeitet hat und durch die austretenden Gase betäubt wurde.

Gaildorf, 11. Okt. Mutwillige oder — verbrecherische Elemente scheinen in letzter Zeit ihr Unwesen in unserer Stadt zu treiben. Nachdem schon am vorletzten Sonntag gegen eine Wohnung im Oberamt ein Schuß abgegeben worden war, ist in der Nacht auf Sonntag wiederum dort durch Fenster geschossen worden. Wenige Zeit später wurde auch im Gebäude der Gewerbe- und Landwirtschaftsbank in die Wohnung des Direktors geschossen. Da beide Wohnungen im ersten Stock liegen und der Schußrichtung nach von der Straße aus geschossen wurde, ist der Beweggrund unerfindlich.

Wangen i. A., 11. Okt. Ein mit 16 Personen besetzter Omnibus aus Wangen i. A. überfuhr auf der Bundesstraße zwischen Lauterbach und Dornbirn einen Radfahrer, geriet dabei über den Straßenrand und kippte um. Fünf Mitfahrer wurden verletzt und mußten ins Krankenhaus gebracht werden.

Von der badischen Grenze, 11. Okt. In dem großen Anwesen des Wilhelm Schmelze, Gailhaus und Bäckerei zum „Schwarzwald“ in Kniebis war Feuer ausgebrochen. Durch den herrschenden großen Wassermangel war es der Feuerwehr unmöglich, den Brand wirksam zu bekämpfen. Die Hauptaufgabe der Feuerwehr war deshalb, den Brand zu lokalisieren und die benachbarten Gebäude zu schützen, von denen hauptsächlich das Rathaus sehr in Gefahr war. Die Ursache des Brandes ist folgende: ein 5jähriges Kind des Schmelze wollte auf der Bühne nach zwei fehlenden Kästchen suchen. Da es aber anscheinend etwas dunkel war, steckte das Kind ein Streichholz an, mit dem es dann unvorsichtigerweise das Feuer entzündete.

